

Wenn wir die Revolution machen könnten, bräuchten wir keine bürgerlichen Parlamente mehr wählen. Deshalb:

Für eine kritische Unterstützung der PDS!

Es existieren heute eine Vielzahl von Möglichkeiten, diese Gesellschaft zu verändern. Es wäre kriminell und unmenschlich, sie nicht auszunutzen. Alles, was möglich ist, um dieses System zu verändern, muß getan werden.

Mara Cagol

Wir behaupten nicht, daß bei den Bundestagswahlen 1994 die Revolution zur Wahl steht. Wir behaupten auch nicht, daß es jemals möglich sein wird, die Revolution zu *wählen* statt sie zu *machen*. Wir können nicht einmal eine Partei empfehlen, die eine zeitgemäße revolutionäre Politik praktiziert. Denn diese Partei existiert nicht.

SPD und Grüne

Die SPD hat mit ihrer Unterstützung von Auslands-Einsätzen der Bundeswehr und der fast vollständigen Abschaffung des Asylrechts einmal mehr gezeigt, daß sie in vielen Fällen nicht einmal mehr reformistische Positionen vertritt. Die Grünen haben sich den herrschenden Verhältnissen inzwischen soweit angepaßt, daß sie sich nicht mehr nur in Koalitionen - also in der *praktischen Regierungspolitik* - der SPD unterordnen, sondern *ihr eigenes Programm* um Forderungen, die einst das grüne Profil bestimmten, bereinigt haben: Offene Grenzen, Sofort-Ausstieg aus der Atomwirtschaft, NATO-Austritt - alles keine Themen mehr für die Grünen.

Von *zurecht* chancenlosen stalinistischen und 'trozkistischen' Sekten wie der MLPD und dem Bund sozialistischer Arbeiter wollen wir hier gar nicht erst reden. Aber die PDS? Die PDS ist keine revolutionäre Partei. Es gibt in ihr auch keine *relevanten* Kräfte, die zur Rekonstruktion der revolutionären Linken beitragen wollen bzw. können. Es gibt in ihr *keine offene Diskussion*, darüber, welche Mittel geeignet sind, die bestehenden Verhältnisse mit dem Ziel einer herrschafts- und ausbeutungsfreien Gesellschaft umzuwälzen. *Vielmehr zerfällt* die PDS in folgende Lager:

Der Modrow-Flügel ...

Die **große Mehrheit der Mitglieder und WählerInnen der PDS** ist weiterhin von der "Stagnationsperiode" (Gorbatschow) des Realsozialismus geprägt: Aus dem Potential der integriert-werden-Möchtenden, aber noch nicht-im Kapitalismus Angekommenen, resultiert die Stärke der PDS, solange die vom BRD-Imperialismus vorangetriebene Integration der ehemaligen DDR in die BRD noch nicht gelungen ist. Dieses Potential ist *selbst* in theoretisch-ideologischen Fragen weitgehend indifferent bis desinteressiert. Der Pragmatismus dieser ostdeutschen BasisaktivistInnen, versucht sich auf die 'Alltagssorgen der Menschen' und Sympathiewerbung für die PDS zu konzentrieren und betrachtet den mit Theoriedebatten verbundenen Meinungsstreit als dafür schädlich. Dieses Potential sieht sich, obwohl es sich selbst über den Flügelstreit erhaben dünkt, in seiner große Mehrheit vom

sozialreformerischen Flügel um Hans Modrow u.a., in seiner verschwundenen Minderheit von der Kommunistischen Plattform vertreten. Während sich ersterer der Orientierung auf eine soziale respektive 'sozialistische' Marktwirtschaft weitgehend angepaßt hat, hält letztere an einer dogmatisch-standpunkthaften Kapitalismus-Kritik fest. Beides ist aber von einer wissenschaftlichen Analyse der Dynamik und der Widersprüche der herrschenden Gesellschaftsformation und von einer diese umwälzenden politischen Praxis weit entfernt.

Auch bedienen beide Strömungen oft nationalistischer Positionen. Erinnerung sei nur an die Modrow-Parole "Deutschland einig Vaterland" und die Zusammenarbeit der Kommunistischen Plattform mit Kräften, die dem Leninplatz in Berlin seinen Namen durch den Hinweis darauf zu erhalten suchten, daß Lenin Hegel *in Deutsch* gelesen habe und gegen den Versailler Friedensvertrag gewesen sei.

...und die Kommunistische Plattform der PDS

Gemeinsam ist beiden Tendenzen auch die *moralische* Verdammung der Praxis zumindest der Honecker-Zeit (selbst bei der Mehrheit der Kommunistischen Plattform auch der Ulbricht/Stalin-Zeit). Unterschiedlich stark gewichten sie die Betonung des "**guten Willens**", der bei den FunktionärInnen der Kommunistischen Parteien trotz ihrer *schlechten* Praxis vorhanden gewesen sei. So **soll** - gemäß der Parole, daß doch "nicht alles" im Realsozialismus "schlecht" gewesen sei - die Tradition / das Erbe **gerettet werden**; bei der Plattform einschließlich, bei den SozialreformerInnen ausschließlich der "marxistisch-leninistischen" *Rhetorik* des (Post)stalinismus. Marx und Engels hatten im Gegensatz zu einer solchen Herangehensweise immer wieder - gegen jeden *Idealismus des Willens* - das *Primat der Praxis betont* (s. bspw. MEW 3, 49 - Deutsche Ideologie; MEW 13, 9 - Kritik der Politischen Ökonomie). Demgegenüber läuft der Rekurs auf den (vermeintlich) 'guten Willen' praktisch auf eine offene oder verdeckte Apologie der stalinischen Abweichung hinaus - so bspw. wenn von Teilen der KPF Stalinismus-Kritik *von links* als "moderner Antikommunismus" denunziert wird. So bestätigt sich einmal mehr das Wort vom Stalinismus als "posthume Rache der II., sozialdemokratischen Internationale" (Althusser), während - *ceteris partibus* - der Neo-Sozialdemokratismus in der PDS als "posthume Rache des Stalinismus" bezeichnet werden kann.

Die PDS-Vordenker

Die **stärkste Stellung unter den FunktionärInnen und anderen AktivistInnen** der PDS hat demgegenüber die Strömung um Gysi und André Brie. Diese 'Vordenker' der PDS ergänzen den Sozialreformismus der erst genannten Strömung um ökologische, 'zivilgesellschaftliche' und frauenpolitische Reformforderungen aus den sog. neuen sozialen Bewegungen der Alt-BRD. Trotz einer gewissen

Bewegungsorientierung hat auch diese Strömung nicht konsequent mit der Staatsfixiertheit der SED gebrochen, wie die Gysi-Forderung nach einer Stände-Kammer mit VertreterInnen 'gesellschaftlicher Gruppen' und ähnlich kuriose Vorschläge oder die aktuelle Distanzierung vom Wahlplakat der PDS-HH, das die Freilassung aller Gefangenen aus der RAF fordert, zeigen. Nur zu gerne würde auch diese Strömung - wenn es ihr nur erlaubt würde - den BRD-Imperialismus zusammen mit SPD und GRÜNEN *verwalten*. Trotz der Absicht, sich von der Politik der SPD und der 'Selbstintegration' der GRÜNEN abzugrenzen, wird die *Praxis* des Versuchs, sich als linke Reformpartei salonfähig zu machen - trotz gegenteiligen *Willens* - zwangsläufig zum gleichen Ergebnis wie bei SPD und GRÜNEN führen. Schon jetzt besteht tendenziell die Neigung, die 'moderne bürgerliche Gesellschaft' aus der vergleichenden Perspektive des zusammengebrochenen Realsozialismus schönzufärben statt sie aus der Perspektive einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu bekämpfen.

Der anti-etatistische PDS-Flügel

Der linke Flügel in der PDS schließlich ist ein diffuses Spektrum vor allem aus der AG Junger GenossInnen sowie Linken, die aus den BRD-Grünen sowie der Vereinigten Linken und dem Unabhängigen Frauenverband der Ex-DDR zur PDS gekommen sind. Deren Stellung beruht zum geringen Teil auf eigener Stärke, sondern darauf, daß sie von der zentristischen Strömung für "Gysis bunter Truppe" benötigt werden - um aus dem ost-bürgerbewegten, westgrünen und autonom-antiimperialistischen Spektrum WählerInnen-Stimmen zu bekommen. Dieser PDS-Flügel unterstützt und macht außerparlamentarische Bündnisarbeit und besetzt in der PDS randständige Themen wie Antifa-Arbeit, die über Traditionalismus hinausgeht, Anti-repressionsarbeit etc.

Aus dieser Strömung kommen auch die Warnungen vor einer Beteiligung der PDS am Schnüren *inhaltlicher* Koalitions- oder Tolerierungspakete, wo sie kleine Zugeständnisse, die sie evtl. *erreichen* kann, und große Zugeständnisse, die sie dann *machen* muß, als große Erfolge ausgeben müßte. Denn anders als bei einer *punktuellen* Unterstützung einer SPD/Grünen-Regierung erfordert eine Koalitions- oder Tolerierungsvereinbarung die Billigung des Gesamt-Paketes - und wie soll diese Billigung anders als dadurch, Scheiße für Gold zu verkaufen, gerechtfertigt werden?!

Insofern betreibt dieses PDS-Spektrum also durchaus eine desintegrative Politik. Aber es kritisiert die Kommunistische Plattform häufig nicht *von links*, sondern unter Bedienung antikommunistischer Stereotypen; hat eine bürgerlich, allge-

mein-demokratische Kritik an der Stasi, vertritt eine (wenn auch nicht parlamentarische, so doch bewegungsorientierte) gradualistische, d.h. die Machtfrage ignorierende, Konzeption von Gesellschaftsveränderung und gibt sich oft mit Nischenpositionen in der Partei zufrieden, anstatt offensiv die Auseinandersetzung mit deren etatistischen Reformismus zu führen.

Revolution und Wahlen

Trotz dieser ernüchternden Bilanz werden wir PDS wählen, und rufen andere dazu auf, es ebenfalls zu tun. Denn "es gibt in der Tat auch das geringere Übel, das zugleich Vorteile, die Möglichkeit des freieren Atems (...) mit sich bringt", wie es selbst ein so ausgewiesener Kritiker institutioneller Politik wie Johannes Agnoli formuliert hat - ohne die "bittere Erkenntnis", daß nur ein geringeres Übel zur Wahl steht, "zu einem freudigen Bekenntnis um(zu)stilisieren". -

Wir hatten oben gesagt: die Revolution steht nicht zur Wahl. Und wir ergänzen an dieser Stelle: Selbst wenn die PDS in den Bundestag kommt und dadurch die Mandatsmehrheit von CDU/CSU und FDP gebrochen wird - und *nur dadurch*, daß die PDS in den Bundestag kommt, besteht dazu die Chance! - wird es nicht einmal eine Reformpolitik im Stil der ersten Jahre der sozial-liberalen Koalition in der BRD Ende der 60er / Anfang der 70er Jahre geben. Selbst, wenn der unwahrscheinliche Fall eintritt, daß sich SPD und Bündnis'90/Grüne von der PDS auch auf Bundesebene tolerieren lassen: Der Unterschied zu der bestehenden Regierungskoalition wäre die Umverteilung von einigen 100 Millionen DM pro Jahr in den nächsten Bundeshaushalten, vielleicht eine Ausschöpfung des geringen vom Bundesverfassungsgericht gelassenen Spielraums beim § 218, einige Umweltschutzvorschriften, mit denen moderne Kapitalfraktionen Profit machen können, und einige nicht-haushaltswirksame Gesetze (im Bereich des Strafrechts bspw. weniger eine Liberalisierung, als vielmehr das Unterlassen von Verschärfungen). Nicht viel, aber auch nicht nichts.

Wer/welche mehr will, darf sich nicht aufs Wählen beschränken, sondern muß kämpfen - für die Revolution, selbst wenn's nur mehr Reformpolitik sein soll. Denn - um noch einmal Agnoli zu zitieren: die Revolution ist der "Stachel des Fortschritts". "Fehlte der Hinweis auf die mögliche Gefährdung durch 'Schlimmeres', sähe keine Macht der Welt ein, warum etwas geändert, humanisiert werden sollte. (...). Wenn links von den Linken, die man traditionell zu nennen pflegt, nichts ist, sinkt die traditionelle Linke zur Kraftlosigkeit herab (...)."

Für eine Linke, die über die Gemeinsamkeiten nicht die Unterschiede und über die Unterschiede nicht die Gemeinsamkeiten vergißt!

Die Zweitstimme am 16. Oktober für die PDS! Die Erststimme für die in ihren Wahlkreisen aussichtsreichsten KandidatInnen links von der SPD! In den Wahlkreisen, in denen es keine chancenreichen KandidatInnen links von der SPD oder revolutionäre PDS-DirektkandidatInnen gibt: mit der Erststimme ungültig wählen - als Zeichen für eine Position links von PDS und Grünen.

Vor und nach der Wahl: An der Rekonstruktion der revolutionären Linken arbeiten!

Gegen Patriarchat, Rassismus und Klassenherrschaft! Für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung und demnach ohne Staat!